Nr. 41. XXIV. Jahrgang. Sonnabend, 12. Februar 1916.

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Größte Verbreitung in Sachsen.

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4.
Fernsprecher: Redaktion Nr. 13 6 97, Expedition Nr. 13 6 38, Verlag Nr. 13 5 28. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden.

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 20 Pf., für auswärts 25 Pf., für das Ausland 40 Pf. Zahlenlesen 40 Pf. Die zweispaltige Reklamezeile 1,25 Mk., mit Platzvorschrift 2 Mk. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Rabatt nach Tarif. Chiffrengebühr 30 Pf. Anzeigen von auswärts werden nur gegen Vorausbezahlung aufgenommen. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht garantiert. Telephonische Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen ist unzulässig. Unsre Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen zu Originalpreisen und -rabatten an.

Bezugspreis:
In Dresden Selbstabholer monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2,10 Mk. frei Haus, durch unsre weiteren Ausgabestellen monatlich 80 Pf., vierteljährlich 2,40 Mk. frei Haus. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" oder „Dresdner Illustrierte Blätter" je 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland und den deutschen Kolonien:
Ausg. A mit „Illustr. Neueste" monatl. 1,60 Mk., vierteljährl. 4,80 Mk.
„ B ohne Illustr. Beilage „ 85 Pf., „ „ 2,55 „
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A mit „Illustr. Neueste" monatl. 1,79 Kr., vierteljährl. 5,37 Kr.
„ B ohne Illustr. Beilage „ 1,61 „ „ 4,83 „
Nach dem Auslande in Kreuzb. wöchentlich 1 Mk. Einz.-Num. 10 Pf.

Erfolgreiches Seegefecht an der Doggerbank.

Der Reichskanzler über Deutschland und Amerika. — Verschärfung des Seekrieges. — Die griechische Kammer billigt die Haltung der Regierung. — Erfolg eines österreichisch-ungarischen Panzerzuges.

Bewaffnete Handelsschiffe.

Es ist fast auf den Tag ein Jahr her, daß die amtliche deutsche Erklärung des Seekampfgebiets um England mit der Warnung an die Neutralen, es zu befahren, ergangen ist. Damals handelte es sich um die Eröffnung eines regelrechten Unterseebootskrieges als Vergeltungsmaßregel auf die englische Aushungerungsblokkade gegen Deutschland. Die heute von der deutschen und zugleich von der österreichisch-ungarischen Regierung wiederum an die Neutralen erlassene Warnung trägt einen wesentlich andern Charakter. Einmal bezieht sie sich auf eine ganz bestimmte Art englischer Fahrzeuge, nämlich auf armierte Kauffahrteischiffe, und zweitens erstreckt sie sich nicht auf ein genau umschriebenes Gebiet, sondern auf die ganze weite Welt, wo derartige Schiffe fahren.

Die britische Admiralität hatte in ihrer gewohnten Anmaßung dekretiert, daß bewaffnete Kauffahrteischiffe, die lediglich zu Verteidigungszwecken mit Geschützen ausgerüstet seien, nicht als Kriegsschiffe zu betrachten und von dem Feinde nicht als solche zu behandeln wären. Wohlgemerkt nur englische Handelsschiffe, nicht auch unter andrer Flagge fahrende, die ohne weiteres Kriegsschiffe seien. Die meisten Neutralen, gewohnt, sich die britische Seetyrannei geduldig gefallen zu lassen, hatten sich dieser Auffassung angeschlossen, die seitens der deutschen Admiralität nie anerkannt worden ist, schon weil sich ja nur schwer feststellen läßt, ob ein bewaffnetes Handelsschiff tatsächlich nur verteidigungsweise geschossen hat. Da sie aber mit diesem Standpunkt in der Minderheit blieb, unterließ sie es bisher, daraus die entsprechenden Folgerungen zu ziehen, obwohl sie längst den begründeten Verdacht hatte, daß zwar öffentlich den armierten britischen Handelsschiffen vorgeschrieben sei, nicht angriffsweise gegen feindliche Schiffe vorzugehen, daß aber geheime Weisungen nach dem ganzen Verhalten dieser Schiffe anders lauten mußten. Indessen konnte auf den bloßen Verdacht hin nichts unternommen werden.

Durch einen glücklichen Zufall sind nun vollgültige Beweise für den längst bestandenen Verdacht in die Hände der deutschen Admiralität gelangt. Es wurden auf erbeuteten britischen Kauffahrteischiffen geheime Befehle der Londoner Admiralität aufgefunden, aus denen klar hervorgeht, daß die bewaffneten englischen Handelsschiffe bis ins einzelne gehende Anweisungen über den artilleristischen Angriff auf U-Boote erhalten hatten, und zwar sollten sie stets bei Sicht feindlicher U-Boote sofort zum Angriff übergehen. Bezeichnenderweise wird erklärt, daß auf die Geheimhaltung dieser Weisungen der größte Nachdruck gelegt werde. Das begreift man wohl, denn ein krasserer Widerspruch, als er zwischen diesem Geheimbefehl der britischen Admiralität und ihren öffentlichen Erklärungen über die „harmlose Natur" auch der bewaffneten Kauffahrteischiffe besteht, ist allerdings kaum denkbar. Immer von neuem zeigt sich bei jeder Gelegenheit, wie überaus treffend das übrigens von französischer Seite stammende Wort vom „perfiden Albion" ist. Namentlich in diesem Kriege zeigt sich Albion als beispiellos „perfid" und sucht durch die sorgfältige Ausbildung und Anwendung dieser ihm angeborenen Eigenschaft zu ersetzen, was ihm an siegreicher Kraft und an militärischen und maritimen Erfolgen bisher ermangelte.

Nun die deutsche Admiralität die unanfechtbaren Beweise in Händen hält, daß die armierten britischen Kauffahrteischiffe keineswegs „harmlose", nur zur Selbstverteidigung ausgerüstete Fahrzeuge sind, sondern verkappte Kriegsschiffe, die ohne weiteres wie Piraten behandelt werden könnten, braucht sie gar keine weitere Rücksicht mehr auf englische „Theorien" und neutrale „Auffassungen" zu nehmen, sondern kann und wird ihren U-Booten und sonstigen Kriegsschiffen die Weisung erteilen, jedes dieser Kauffahrteischiffe fortan ohne weiteres anzugreifen und, wenn möglich, zu versenken. Die Neutralen aber werden hoffentlich die amtlichen Warnungen der deutschen und österreichisch-ungarischen Regierungen — die wir auf Seite 2 veröffentlichen — beherzigen und sich nicht länger mutwillig in die ernste Gefahr begeben, die ihnen auf jedem bewaffneten britischen Handelsschiff droht.

Mit dieser zweiten Warnung liegt die Bahn freier für die Tätigkeit unsrer U-Boote, dieser Waffe deutscher Art, die wir uns unter keinen Umständen und von keinem Druck beeinflußt aus der Hand reißen lassen werden. Mit Vertrauen und mit berechtigtem Stolze blickt das ganze deutsche Volk auf unsre Helden zur See, und voll Zuversicht und Entschlossenheit wird es geschlossen und einmütig, wie am ersten Tage des Kriegs, hinter seiner Regierung stehen, falls einer der Neutralen die unangreifbare Wohlbegründetheit des deutschen Standpunktes nicht anerkennen, sondern auf einer Rücksichtnahme unsrer Seite beharren wollte, die durch nichts gerechtfertigt ist und die politisch ein Fehler, militärisch ein Verbrechen wäre. Ein Verbrechen gegen uns selbst.

Der englische Kreuzer „Arabis" versenkt, ein andrer torpediert.

× Berlin, 11. Februar. (Amtlich.)

In der Nacht vom 10. zum 11. Februar trafen bei einem Torpedobootvorstoß unsre Boote auf der Doggerbank, etwa 120 Seemeilen östlich der englischen Küste, auf mehrere englische Kreuzer, die alsbald die Flucht ergriffen. Unsre Boote nahmen die Verfolgung auf, versenkten den neuen Kreuzer „Arabis" und erzielten einen Torpedotreffer auf einen zweiten Kreuzer.

Durch unsre Torpedoboote wurden der Kommandant der „Arabis", ferner zwei Offiziere und 21 Mann gerettet. Unsre Streitkräfte haben keinerlei Beschädigungen oder Verluste erlitten.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Vergebliche Gegenangriffe der Franzosen.

× Großes Hauptquartier, 11. Februar. (Amtlich.) (Eingegangen 2 Uhr 30 Min. nachm.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Nordwestlich von Vimy machten die Franzosen nach stundenlanger Artillerievorbereitung viermal den Versuch, die dort verlorenen Gräben wiederzugewinnen. Ihre Angriffe schlugen sämtlich fehl.

Auch südlich der Somme konnten sie nichts von der verlorenen Stellung wiedergewinnen.

An der Aisne und in der Champagne stellenweise lebhafte Artilleriekämpfe.

Einer unsrer Fesselballons riß sich unbemannt los und trieb bei Bailly über die feindliche Linie ab.

Oestlicher Kriegsschauplatz:

Nördlich des Dryswjatysees wurde der Vorstoß einer stärkeren russischen Abteilung abgewiesen.

Balkankriegsschauplatz:

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Gegen Feinde, nicht gegen Neutrale.

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten.)

id. Wien, 11. Februar.

An hiesiger zuständiger Stelle wird betont, daß die heutige Bekanntmachung der Mittelmächte über das Verfahren gegen armierte Kauffahrteischiffe nur gegen die Feinde, nicht aber gegen die Neutralen gerichtet ist. Im Gegenteil ist dadurch die Stellungnahme der Neutralen erleichtert, da sie ihre Staatsangehörigen vor Benutzung solcher Schiffe warnen können. Durch die Armierung eines Handelsschiffes wird dieses eigentlich ein Frankireur und sollte danach behandelt werden, aber man behandelt es als Kriegsschiff, so daß die Gefangenen als Kriegsgefangene gelten. Nun wird dem Mißbrauch ein Ende gemacht und ein armiertes Handelsschiff ohne weitere Warnung angegriffen. Die Kundmachung hätte eigentlich längst erfolgen sollen. Sie ist jetzt veranlaßt durch die Häufigkeit der Vorkommnisse, daß armierte Handelsschiffe, die als solche behandelt wurden, zum Stillstehen aufgefordert wurden, aber entweder flohen oder schossen oder die Unterseeboote zu rammen versuchten. Von jetzt ab werden alle derartigen Schiffe als Kriegsschiffe betrachtet und einfach angegriffen.

Vertrauenskundgebung für die griechische Regierung.

In der Sitzung der griechischen Kammer waren, wie die Agence Havas aus Athen meldet, alle Abgeordneten anwesend. Ministerpräsident Skuludis verlas eine Regierungserklärung über die Politik der Regierung, die vor allem darin bestehe, die Kräfte der Nation unversehrt zu erhalten und die nationalen Interessen zu wahren. Diese Politik habe die Billigung der Mehrheit der Nation gefunden und werde fortgesetzt werden trotz dem Drucke, den das Volk mutig ertragen werde. Ueber die Vertrauenskundgebung, die der Regierung

fast einstimmig

von den Kammermitgliedern ausgesprochen wurde, wird berichtet:

× Athen, 11. Februar. (Agence Havas.)

Die Kammer hat der Regierung ihr Vertrauen mit 266 von 272 Stimmen ausgesprochen. Im Laufe der Debatte erklärte Gunaris über die Frage der Neutralität: „Wir werden auf der Neutralität heraustreten, wenn nationale Interessen es erheischen werden." Der Minister schloß mit den Worten: „Die Regierung muß die Mobilmachung aufrechterhalten. Wenn später irgendein Anzeichen die Möglichkeit einer Abrüstung erkennen lassen sollte, so wird die Regierung ihre Zweckmäßigkeit prüfen."

Ueber die Lage in Griechenland erfährt die „Frkf. Ztg." aus Konstantinopel, daß die Regierung sich stark gefestigt habe und von der bisher beobachteten Defensive sogar zur ziemlich ausgesprochenen Offensive übergegangen sei. Die Anhänger von Venizelos würden stark bewacht. Eine feindliche Bewegung im Volke mache sich mehr und mehr gegen dessen Anhänger geltend. Venizelos beabsichtigte, auf Drängen der Entente nach Salonifi zu reisen, um dort eine Regierung zu bilden. Im letzten Moment habe er jedoch diese verräterische Idee aufgegeben. Unter dem Vorwand einer Krankheit bleibe er sogar in seiner Wohnung eingeschlossen. Viele Anzeichen sprächen dafür, daß Venizelos überhaupt aus dem politischen Leben ausscheiden wolle.

Trinksprüche Briands und Sonninos.

× Rom, 11. Februar.

Bei einem Festessen auf der Consulta zu Ehren des französischen Ministerpräsidenten Briand und seiner Begleiter brachte der Minister Sonnino folgenden Trinkspruch aus:

„Ich bin glücklich, unter uns das Haupt der Regierung Frankreichs zu begrüßen, an das uns so viele alte Traditionen und eine durch die Waffen erneuerte Brüderlichkeit knüpfen. Die Anwesenheit Ew. Exzellenz ist ein neues Band unsres festen Vertrauens auf einen siegreichen Ausgang des Kampfes, den die Verbündeten durch die Macht ihres unerschütterlichen Bundes für die Sache der Freiheit und der Gerechtigkeit durchführen. Ich erhebe mein Glas auf die Gesundheit des Präsidenten der französischen Republik und der verbündeten Souveräne sowie auf die Gesundheit Ew. Exzellenz, die ich im Namen der italienischen Regierung und der italienischen Nation willkommen heiße."

Darauf erwiderte der Ministerpräsident Briand mit folgenden Worten:

„Im Namen der Regierung der Republik bringen meine Kollegen und ich der königlichen Regierung und ganz Italien den herzlichen Gruß Frankreichs. Mit der größten Bewunderung haben wir gesehen, wie Ihr edles Land auf den Ruf seines nationalen Gewissens antwortete und seinen Platz im Lager der Alliierten nahm, um mit ihnen Recht und Freiheit zu verteidigen. Unsre beiden Völker sind in gleicher Weise überzeugt, daß der schließliche Sieg aus ihrem festen Willen hervorgehen wird, mit ihren Alliierten gemeinsam alle ihre Hilfsmittel, alle ihre Energien und alle ihre lebendigen Kräfte einzusetzen. Unterstützt durch diese unerschütterliche Festigkeit setzen Italien und Frankreich unter ihren Fahnen, die sich von neuem vereinigt haben, in enger Brüderlichkeit der Massen und der Waffen den riesenhaften Kampf fort, in dem mit ihren Geschicken das Schicksal der Zivilisation auf dem Spiele steht. In diesem Sinne erhebe ich mein Glas zu Ehren Ihrer Majestäten des Königs und der Königin von Italien und der alliierten Souveräne. Ich trinke auch auf das Wohl Ew. Exzellenz und der königlichen Regierung, deren edelmütige Gastfreundschaft wir nach ihrem hohen Werte zu schätzen wissen."

An dem in der Consulatà von Sonnino gegebenen Essen nahmen außer Briand und den übrigen Mitgliedern der französischen Mission teil der Ministerpräsident Salandra mit allen Ministern, die Botschafter Frankreichs, Englands, Rußlands und Japans, die Gesandten Serbiens und Belgiens, die Unterstaatssekretäre Barzarelli und Dallolio, der Bürgermeister von Rom, höhere Offiziere und hohe Beamte.

Empfänge.

× Rom, 10. Februar. (Agenzia Stefani.)

Die Minister Briand, Bourgeois und Thomas nahmen mit ihrer Begleitung an der Frühstückstafel im Palazzo Farnese beim Botschafter Barrère teil. Nach einem Empfange beim Regenten statteten Briand, Bourgeois und Barrère dem Ministerpräsidenten Salandra einen dreiviertelstündigen Besuch ab. Später besuchten sie den Minister Sonnino.

Oberst House wieder in London.

+ Amsterdam, 11. Februar.

Oberst House ist nach englischen Blättermeldungen am Mittwoch aus Paris in London eingetroffen.

Bethmann Hollweg über die Ablehnung der amerikanischen Note.

(Privattelegramm.)

Köln, 10. Februar.

Die „Köln. Ztg." meldet von der holländischen Grenze vom 9. d. M.: Der Berliner Berichterstatter der „New York World", Wiegand, veröffentlicht den Inhalt einer Unterredung, die er mit dem deutschen Reichskanzler hatte. Der „Vienne Cour." bringt daraus einen Auszug, in dem es heißt: „Was Ihre Regierung verlangt", erklärte v. Bethmann Hollweg, „ist

eine unmögliche Demütigung.

Ich bin weitgegangen, um die herzlichen und freundschaftlichen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu erhalten, die zwischen uns und ihnen von dem Tage an bestanden haben, wo vor 120 Jahren Preußen als einer der ersten Staaten die Unabhängigkeit Amerikas in seinem Kampfe gegen England anerkannte. Sie wissen, daß ich in dieser ganzen Angelegenheit einen weiten persönlichen Blick für Ihr Land und Volk gezeigt habe. Ich bin bereit gewesen und bleibe es, Amerika alles zuzugestehen, was Deutschland billigerweise bei der Behauptung der Grundsätze der Gerechtigkeit und seiner Ehre zugestehen kann. Allein ich vermag einer Demütigung Deutschlands und des deutschen Volkes nicht zuzustimmen. Ich kann mir

die Waffe der Unterseeboote

nicht aus der Hand reißen lassen. Ich kann Amerika nicht befriedigen und die Fortsetzung der herzlichen Beziehungen zu einem von jedem Deutschen geschätzten Lande nicht gewährleisten, wenn es auf Kosten einer nationalen Demütigung geschehen soll. Ich erkläre Ihnen dies nicht aus leichtem Herzen, sondern bin mir der Tatsache bewußt, daß ich die Empfindung des ganzen deutschen Volkes ausspreche." Der Reichskanzler gab offen zu, daß weder die deutsche Regierung noch das deutsche Volk die Möglichkeit eines Abbruches der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, der einzig neutral gebliebenen Großmacht, leichtherzig oder gleichgültig ins Auge faßten. Allein er erklärte, der Wortlaut der Note des Staatssekretärs Lansing habe ihm

keine andre Wahl als Ablehnung

gelassen. Keine deutsche Regierung vermöchte sich zu halten, wenn sie einer solchen Erniedrigung zustimmte. Er erklärte indessen, er habe das Vertrauen noch nicht verloren, daß der gesunde Menschenverstand die Oberhand über die Forderungen Washingtons gewinnen werde. Dann sagte er u. a.: „Wir kämpfen für unser Dasein. Das deutsche Volk opfert einmütig sein Blut und alles, was es besitzt, fürs Vaterland. Wir stehen nicht im Kriege mit Amerika; wir wünschen nicht, mit Amerika in einen Krieg zu geraten. Ich habe alles getan und werde weiter alles tun, was in meiner Macht liegt, um den Krieg zu vermeiden. Aber es gibt Dinge, die ich nicht tun kann. Wenn in Amerika derselbe aufrichtige Wunsch besteht, zu einer Uebereinstimmung zu gelangen, wie er bei der deutschen Regierung und dem deutschen Volke vorhanden ist, so wird es keinen Bruch in den guten Beziehungen geben, die seit mehr als 100 Jahren zwischen den beiden Ländern bestanden haben." — Die „Köln. Ztg." sagt zu der Unterredung Wiegands mit dem Reichskanzler u. a.: „Diese Nachrichten werden vom deutschen Volke mit einem

Gefühl der Erleichterung

aufgenommen werden. Der Reichskanzler hat mit einem Ernst und einer Entschiedenheit, für die ihm das deutsche Volk dankbar ist, der amerikanischen Oeffentlichkeit mitgeteilt, daß Deutschland die Versenkung der „Lusitania" nicht als gesetzwidrig bezeichnen und damit seinem ganzen Tauchbootkriege das Todesurteil sprechen kann!"

Die „Lusitania"-Frage.

Von allen Meldungen über die „Lusitania"-Verhandlungen scheint vorläufig nur das eine sicher zu sein, daß sie, soweit sie in ganz bestimmter Form gegeben wurden, verfrüht sind. Nachdem Lansing und Wilson heute früh eine Stunde lang konferiert hatten, so wird am 8. Februar aus New-York telegraphiert, erklärte der Minister des Aeußern im Weißen Hause, daß die „Lusitania"-Angelegenheit hoffnungsvoll erscheine. Es wurde vorläufig keine weitere Mitteilung gemacht, aber nichtamtlich wurde zu verstehen gegeben, daß die letzte deutsche Note die Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen gegeben habe und daß ein Uebereinkommen erzielt werden dürfte, und dies in einer Konferenz, die nachmittags zwischen Lansing und Bernstorff stattfinden werde. Diese Konferenz fand tatsächlich statt, und nach ihrer Beendigung erklärte die „Associated Preß", daß sie zu der Mitteilung ermächtigt sei, daß ein Uebereinkommen erzielt sei. Später kam noch die Mitteilung hinzu, es sollten noch einige Aenderungen im Wortlaut der Formel vorgenommen werden, mit denen sich die Vereinigten Staaten einverstanden erklären würden.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19160212/1